

Der Rat**C/53/11****Dreiundfünfzigste ordentliche Tagung
Genf, 1. November 2019****Original:** Englisch
Datum: 4. Oktober 2019

**PRÜFUNG DER VEREINBARKEIT DES ENTWURFS DES MONGOLISCHEN GESETZES ÜBER
PFLANZENSAMEN UND -SORTEN MIT DER AKTE VON 1991 DES UPOV-ÜBEREINKOMMENS***Vom Verbandsbüro erstelltes Dokument**Haftungsausschluss: dieses Dokument gibt nicht die Grundsätze oder eine Anleitung der UPOV wieder*

1. 1 Mit Schreiben vom 5. September 2019, eingegangen am 26. September 2019, gerichtet an den-Generalsekretär der UPOV, ersuchte Seine Exzellenz Herr Ulaan Chultem, Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Leichtindustrie der Mongolei, um Prüfung der Vereinbarkeit des Entwurfs des mongolischen Gesetzes über Pflanzensamen und -Sorten (nachstehend der „Gesetzentwurf“) mit der Akte von 1991 des UPOV-Übereinkommens (nachstehend „Akte von 1991“). Das Schreiben ist in Anlage I dieses Dokuments wiedergegeben. Anlage II enthält eine von der Regierung der Mongolei erstellte Übersetzung der maßgeblichen Teile des Gesetzentwurfs ins Englische.

HINTERGRUND

2. Artikel 34 Absatz 3 der Akte von 1991 sieht vor: „Jeder Staat, der dem Verband nicht angehört, sowie jede zwischenstaatliche Organisation ersuchen vor Hinterlegung ihrer Beitrittsurkunde den Rat um Stellungnahme, ob ihre Gesetzentwürfe mit diesem Übereinkommen vereinbar sind. Ist der Beschluß über die Stellungnahme positiv, so kann die Beitrittsurkunde hinterlegt werden.“

3. Seit September 2018 unterstützt das Verbandsbüro die Regierung der Mongolei bei der Ausarbeitung von Rechtsvorschriften, die mit der Akte von 1991 in Einklang stehen. Mit Schreiben vom 4. September 2018 lud Herr Batzorig Batjargal, Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Leichtindustrie der Mongolei, einen Sachverständigen des Verbandsbüros ein, an einem Treffen mit der Arbeitsgruppe, die für die Ausarbeitung des Gesetzentwurfs über Saatgut und Sorten der Mongolei zuständig ist (Arbeitsgruppe), teilzunehmen. Am 13. September 2018 erhielt das Verbandsbüro die englische Übersetzung des Entwurfs eines Gesetzes über Saatgut und Pflanzensorten.

4. Am 5. Und 6. November 2018 beteiligte sich das Verbandsbüro in Ulaanbaatar, Mongolei, an einer rechtlichen Beratung zur Unterstützung der Arbeitsgruppe und gab Bemerkungen zu dem Gesetzentwurf vom 13. September 2018 ab. Am 4. Januar 2019 ging beim Verbandsbüro eine aktualisierte Fassung des Gesetzentwurfs mit der Bitte um Stellungnahme ein.

5. Vom 28. bis 30. Januar 2019 wurden während bilateraler Gespräche mit der Delegation der Mongolei, die im Rahmen des „Workshops zum Verfassen von Rechtsvorschriften gemäß dem UPOV-Übereinkommen“ (Workshop für Rechtsvorschriften) stattfanden, seitens des Verbandsbüros die für den Gesetzentwurf vom 4. Januar 2019 maßgeblichen Bestimmungen der Akte von 1991 erörtert.

6. Am 1. Mai 2019 ging beim Verbandsbüro eine neue Fassung des Gesetzentwurfs ein. Am 31. Mai 2019 erörterte das Verbandsbüro in einer Telekonferenz mit Mitgliedern der Arbeitsgruppe die maßgeblichen Bestimmungen des Gesetzentwurfs vom 1. Mai 2019 im Hinblick auf die Möglichkeiten im Rahmen der Akte von 1991, ebenso wie die weiteren Schritte des Verfahrens für den Beitritt zum UPOV-Übereinkommen.

7. Am 24. September 2019 erhielt das Verbandsbüro die Bestätigung, daß die auf der Telefonkonferenz vereinbarten Bemerkungen in den Gesetzentwurf in der Fassung vom 1. Mai 2019 aufgenommen worden seien.

GRUNDLAGE FÜR DEN SCHUTZ NEUER PFLANZENSORTEN IN DER MONGOLEI

8. Der Schutz neuer Pflanzensorten nach der Akte von 1991 wird in der Mongolei von dem Gesetzentwurf nach dessen Annahme geregelt werden. Eine Analyse des Gesetzentwurfs folgt in der Reihenfolge der wesentlichen Rechtsvorschriften der Akte von 1991.

Artikel 1 der Akte von 1991: Begriffsbestimmungen

9. Artikel 4 des Gesetzentwurfs enthält Bestimmungen der Begriffe Sorte und Züchter, die jeweils den Begriffsbestimmungen in Artikel 1 Buchstabe iv und vi der Akte von 1991 entsprechen.

Artikel 2 der Akte von 1991: Grundlegende Verpflichtung der Vertragsparteien

10. Artikel 1 des Gesetzentwurfs enthält Bestimmungen, die den grundlegenden Verpflichtungen von Artikel 2 der Akte von 1991 entsprechen.

Artikel 3 der Akte von 1991: Gattungen und Arten, die geschützt werden müssen

11. Artikel 3 Absatz 2 des Gesetzentwurfs sieht vor:

„3.2. Hinsichtlich des Schutzes von Pflanzenzüchtungen gemäß Kapitel 6 des Gesetzes findet dieses Gesetz auf sämtliche Gattungen und Arten Anwendung.“

12. Artikel 3 Absatz 2 des Gesetzentwurfs entspricht den Verpflichtungen von Artikel 3 Absatz 2 der Akte von 1991.

Artikel 4 der Akte von 1991: Inländerbehandlung

13. Artikel 3 Absatz 3 des Gesetzentwurfs enthält Bestimmungen über die Inländerbehandlung, die den Bestimmungen in Artikel 4 der Akte von 1991 entsprechen.

Artikel 5 bis 9 der Akte von 1991: Schutzvoraussetzungen, Neuheit, Unterscheidbarkeit, Homogenität, Beständigkeit

14. Artikel 14 Absatz 3 des Gesetzentwurfs enthält Bestimmungen über die Schutzvoraussetzungen, die den Bestimmungen in Artikel 5 bis 9 der Akte von 1991 entsprechen.

15. Die Artikel 1 bis 3 der „Übergangsbestimmungen zum Gesetz über Saatgut und Sorten“ (siehe Anlage II, Seite 11) enthalten Bestimmungen bezüglich der freigestellten Ausnahme nach Artikel 6 Absatz 2 „Vor kurzem gezüchtete Sorten“ der Akte von 1991 wie folgt:

„Artikel 1. Ist dieses Gesetz auf eine Pflanzengattung oder -art anwendbar, auf die es zuvor nicht anwendbar war, so werden die Sorten, die dieser Pflanzengattung oder -art angehören, so angesehen, daß sie die in Artikel 14 Absatz 3 Nummer 1 festgelegte Neuheitsvoraussetzung erfüllen, selbst wenn der Verkauf oder die Abgabe an andere, wie in jenem Abschnitt beschrieben, im Hoheitsgebiet der Mongolei innerhalb von vier Jahren vor dem Tag der Einreichung oder, im Fall von Bäumen und Rebe, innerhalb von sechs Jahren vor diesem Datum stattgefunden hat.

„Artikel 2. Die Bestimmungen in Artikel 1 der Übergangsbestimmungen gelten nur für Anträge auf Erteilung eines Züchterrechts, die innerhalb einer Frist von maximal einem Jahr ab der Anwendung der Bestimmungen des Gesetzes auf die betreffenden Pflanzengattungen und -arten eingereicht werden.

„Artikel 3. Diese Übergangsbestimmungen werden mit dem Tag wirksam, an dem das Gesetz über Saatgut und Sorten (überarbeitete Fassung) in Kraft tritt.“

Artikel 10 der Akte von 1991: Einreichung von Anträgen

16. Die Absätze 1 und 2 von Artikel 14 des Gesetzentwurfs enthalten Bestimmungen zur Einreichung von Anträgen. Der Gesetzentwurf scheint keine Bestimmungen zu enthalten, die im Widerspruch zu Artikel 10 der Akte von 1991 stehen.

Artikel 11 der Akte von 1991: Priorität

17. Artikel 17 des Gesetzentwurfs enthält Bestimmungen zum Prioritätsrecht, die den Bestimmungen in Artikel 11 der Akte von 1991 entsprechen.

Artikel 12 der Akte von 1991: Prüfung des Antrags

18. Die Absätze 4 bis 7 von Artikel 14 des Gesetzentwurfs enthalten Bestimmungen über die Prüfung des Antrags, die den Bestimmungen in Artikel 12 der Akte von 1991 entsprechen.

Artikel 13 der Akte von 1991: Vorläufiger Schutz

19. Artikel 18 des Gesetzentwurfs enthält Bestimmungen über den vorläufigen Schutz, die den Bestimmungen in Artikel 13 der Akte von 1991 entsprechen.

Artikel 14 der Akte von 1991: Inhalt des Züchterrechts

20. Artikel 19 des Gesetzentwurfs enthält Bestimmungen über den Inhalt des Züchterrechts, die den Bestimmungen in Artikel 14 der Akte von 1991 entsprechen.

Artikel 15 der Akte von 1991: Ausnahmen vom Züchterrecht

21. Artikel 20 Absatz 1 des Gesetzentwurfs enthält Bestimmungen über die verbindlichen Ausnahmen vom Züchterrecht, die den Bestimmungen in Artikel 15 Absatz 1 der Akte von 1991 entsprechen.

22. Die Absätze 2 und 3 von Artikel 20 des Gesetzentwurfs enthalten folgende Bestimmungen über die freigestellte Ausnahme gemäß Artikel 15 Absatz 2 der Akte von 1991:

„20.2. Abweichend von Artikel 19 erstreckt sich das Züchterrecht nicht auf Landwirte, die in angemessenem Rahmen und unter Wahrung der berechtigten Interessen des Züchters Erntegut, das sie aus dem Anbau einer geschützten Sorte oder einer in Artikel 19 Absatz 3 Nummer 1 oder in Artikel 19 Absatz 3 Nummer 2 erwähnten Sorte im eigenen Betrieb gewonnen haben, im eigenen Betrieb zum Zwecke der Vermehrung verwenden.

„20.3. Zur Umsetzung der in Abschnitt 20.2 dieses Gesetzes vorgesehenen Ausnahmeregelung wird seitens des für den Pflanzensektor zuständigen Regierungsmitglieds in den Vorschriften definiert, was unter einem angemessenen Rahmen und unter der Wahrung der berechtigten Interessen des Züchters zu verstehen ist und welche Pflanzengattungen und -arten erfasst sein sollen.“

Artikel 16 der Akte von 1991: Erschöpfung des Züchterrechts

23. Artikel 21 des Gesetzentwurfs enthält Bestimmungen über die Erschöpfung des Züchterrechts, die den Bestimmungen des Artikels 16 der Akte von 1991 entsprechen.

Artikel 17 der Akte von 1991: Beschränkungen in der Ausübung des Züchterrechts

24. Artikel 22 des Gesetzentwurfs enthält Bestimmungen über die Beschränkungen in der Ausübung des Züchterrechts, die den Bestimmungen des Artikels 17 der Akte von 1991 entsprechen.

Artikel 18 der Akte von 1991: Maßnahmen zur Regelung des Handels

25. Artikel 23 des Gesetzentwurfs enthält folgende Bestimmungen zur Regelung des Handels, die den Bestimmungen in Artikel 18 der Akte von 1991 entsprechen:

„23.1. Das Züchterrecht ist unabhängig von Maßnahmen, die der Regelung der Erzeugung, der Zertifizierung und des Vertriebs von Material von Sorten oder der Regelung der Einfuhr oder Ausfuhr solchen Materials dienen. Derartige Maßnahmen dürfen jedoch die Anwendung von Kapitel sechs dieses Gesetzes nicht beeinträchtigen.

26. Der Gesetzentwurf scheint keine Bestimmungen zu enthalten, die im Widerspruch zu Artikel 18 der Akte von 1991 stehen.

Artikel 19 der Akte von 1991: Dauer des Züchterrechts

27. Artikel 24 des Gesetzentwurfs enthält Bestimmungen über die Dauer des Züchterrechts, die den Bestimmungen des Artikels 19 der Akte von 1991 entsprechen.

Artikel 20 der Akte von 1991: Sortenbezeichnung

28. Die Artikel 15 und 16 des Gesetzentwurfs enthalten Bestimmungen über Sortenbezeichnungen, die den Bestimmungen des Artikels 20 der Akte von 1991 entsprechen.

Artikel 21 der Akte von 1991: Nichtigkeit des Züchterrechts

29. Artikel 25 des Gesetzentwurfs enthält Bestimmungen über die Nichtigkeit des Züchterrechts, die den Bestimmungen in Artikel 21 der Akte von 1991 entsprechen.

Artikel 22 der Akte von 1991: Aufhebung des Züchterrechts

30. Artikel 26 des Gesetzentwurfs enthält Bestimmungen über die Aufhebung des Züchterrechts, die den Bestimmungen in Artikel 22 der Akte von 1991 entsprechen.

Artikel 30 der Akte von 1991: Anwendung des Übereinkommens

31. Hinsichtlich der Verpflichtung, „geeignete Rechtsmittel vorz[usehen], die eine wirksame Wahrung der Züchterrechte ermöglichen“ (Artikel 30 Absatz 1 Buchstabe i der Akte von 1991), enthält Artikel 30 Absatz 2 des Gesetzentwurfs folgende Bestimmungen zu den verfügbaren Maßnahmen zur Wahrung des Züchterrechts:

„30.2. Natürliche oder juristische Personen, die gegen dieses Gesetz verstoßen, werden hierfür gemäß den Bestimmungen des Strafgesetzbuchs oder des Gesetzes über Rechtsverstöße zur Verantwortung gezogen.“

32. Artikel 28 Absatz 4 Nummer 10 des Gesetzentwurfs entspricht der in Artikel 30 Absatz 1 Buchstabe ii der Akte von 1991 geforderten Verpflichtung zur Erteilung des Züchterrechts durch die Zentralbehörde für Pflanzenbau und lautet wie folgt:

„28.4. Die Zentralbehörde für Pflanzenbau hat die uneingeschränkte Befugnis zur Wahrnehmung folgender Aufgaben:

[...]

„28.4.10 den Züchtern neuer Pflanzensorten das Züchterrecht zu erteilen wie in diesem Gesetz vorgesehen;“

33. Artikel 13 Absätze 1 und 3, Artikel 14 Absatz 2, Artikel 16 Absatz 8 und Artikel 28 Absatz 4 Nummer 6 des Gesetzentwurfs entsprechen der Verpflichtung zur Veröffentlichung von Mitteilungen über Anträge auf und Erteilung von Züchterrechten sowie über die vorgeschlagenen und genehmigten Sortenbezeichnungen gemäß Artikel 30 Absatz 1 Buchstabe iii der Akte von 1991.

Allgemeine Schlußfolgerung

34. Nach Ansicht des Verbandsbüros enthält der Gesetzentwurf die wesentlichen Rechtsvorschriften der Akte von 1991. Auf dieser Grundlage, und sobald der Gesetzentwurf ohne Änderungen angenommen worden und das Gesetz in Kraft getreten ist, wird die Mongolei in der Lage sein, den Bestimmungen der Akte von 1991 „Wirkung zu verleihen“, wie in deren Artikel 30 Absatz 2 vorgeschrieben.

35. *Der Rat wird ersucht,*

a) die Analyse in diesem Dokument zur Kenntnis zu nehmen;

b) eine positive Entscheidung über die Vereinbarkeit des „Entwurfs des mongolischen Gesetzes über Pflanzensamen und -Sorten („Gesetzentwurf“) mit den Bestimmungen der Akte von 1991 des Internationalen Übereinkommens zum Schutz von Pflanzenzüchtungen zu treffen, was die Mongolei, sobald der Gesetzentwurf ohne Änderungen angenommen und das Gesetz in Kraft getreten ist, in die Lage versetzt, ihre Urkunde über den Beitritt zur Akte von 1991 zu hinterlegen; und

c) den Generalsekretär zu ermächtigen, die Regierung der Mongolei von obiger Entscheidung zu unterrichten.

[Anlagen folgen]



**MINISTER
FÜR ERNÄHRUNG,
LANDWIRTSCHAFT UND
LEICHTINDUSTRIE DER
MONGOLEI**

13381 Zasgiin gazriin IX bair, Enkhtaivnii
urgun chuluu 16a, Bayanzurkh duureg,
Ulaanbaatar, MONGOLEI
Tel.: (976 -51) 976-5126 , Fax: (976 -11) 45 25 54.
E-Mail: mofa@mofa.gov.mn, http://www.mofa.gov.mn

Datum **5. September 2019**

AZ **01/3395**

HERR FRANCIS GURRY
GENERALSEKRETÄR
INTERNATIONALER VERBAND ZUM
SCHUTZ VON
PFLANZENZÜCHTUNGEN (UPOV)
34, CHEMIN DES COLOMBETTES
1211 GENÈVE 20
SCHWEIZ

Sehr geehrter Herr Generalsekretär ,

es freut mich, Ihnen mitzuteilen, daß das Parlament der Mongolei im Begriff steht, den Gesetzentwurf über Saatgut und Sorten zu anzunehmen.

Die Mongolei beabsichtigt, dem Internationalen Übereinkommen zum Schutz von Pflanzenschutzungen vom 2. Dezember 1961, überarbeitet in Genf am 10. November 1972, am 23. Oktober 1978 und am 19. März 1991 (UPOV-Übereinkommen), beizutreten.

Gemäß den Bestimmungen von Artikel 34 Absatz 3 des UPOV-Übereinkommens würde ich es sehr schätzen, wenn der Rat der UPOV die Vereinbarkeit der maßgeblichen Teile des Gesetzentwurfs über Saatgut und Sorten der Mongolei mit den Bestimmungen des UPOV-Übereinkommens prüfen könnte.

Mit vorzüglicher Hochachtung

ULAAN CHULTEM

00000068

[DRAFT] LAW OF MONGOLIA

Ulaanbaatar

ON CROP SEED AND VARIETY

CHAPTER ONE. GENERAL PROVISIONS

Article 1. Purpose of the law

1.1. The purpose of this law is to regulate issues related to supporting the development of the sector of crop seeds, stimulating research and innovation in the seed sector, establishing fair trade of seeds, protection and sustainable use of plant genetic resources, creation of new plant varieties, protection of breeder's rights and ensuring food safety.

Article 2. Legislation on crop seed and variety

2.1. The legislation on crop seed and variety consists of the Constitution of Mongolia, the Law on Crop Production, this law and other legislative acts issued in conformity therewith.

2.2. If an international treaty, to which Mongolia is a party, provides otherwise, the provisions of the international treaty shall prevail.

Article 3. Scope of Applicability

3.1. This law shall apply to issues related to propagation and trade of domestically produced and imported seeds of all crops, and supporting the creation of new plant varieties.

3.2. In relation to protection of new varieties, in accordance with Chapter 6 of the Law, this Law shall apply to all genera and species.

3.3. Natural or legal persons from a country or intergovernmental organization that is a contracting party to an international treaty on plant variety protection, to which Mongolia is party to, shall be entitled to the same rights and responsibilities under this law as citizens of Mongolia insofar as the grant and protection of breeders' rights is concerned.

Article 4. Definitions

4.1. The following definitions shall apply in this law:

4.1.1. "seed" means plants or parts of plants, including seed, seedlings, tubers, bulbs, rhizomes, roots and cuttings, which are used for reproduction of crop varieties;

4.1.2. "field inspection" means examination of seed propagation fields by authorized inspectors to determine the specified identity and purity of a variety, and weed, pest and disease infestation;

4.1.3. "laboratory analysis" means analysis conducted in a laboratory to determine seed quality and varietal identity and purity;

4.1.4. "seed lot" means a specified quantity of seed from the same harvest and of same origin and quality;

4.1.5. "seed quality" means the entirety of attributes to demonstrate varietal identity and purity and seed health;

4.1.6. "variety" means a group of plants within a single botanical taxon of the lowest known rank, which grouping, irrespective of whether the conditions for the grant of a breeder's right are fully met, can be

- defined by the expression of the characteristics resulting from a given genotype or combination of genotypes,
- distinguished from any other plant grouping by the expression of at least one of the said characteristics and
- considered as a unit with regard to its suitability for being propagated unchanged;

4.1.7. "breeder" means a natural or legal person that bred, or discovered and developed, a variety, or the person who is the employer of the aforementioned person, or who has commissioned the latter's work, or the successor in title of the first or second aforementioned person, as the case may be;

4.1.8. "variety description" means a specified quantity of distinct agronomic and biological characteristics of a variety that are determinable via field tests and laboratory analysis;

4.1.9. "variety testing" means a trial for genomic validation of a new crop variety and for determining the yield and agronomic and biological values of the new variety through comparison with a control variety;

4.1.10. "breeder's right" means the right granted to the breeder of a new variety under this law;

4.1.11. "national register of varieties" means register of varieties that have been tested in comparison with control varieties and distinguished by their yields and agronomic and biological characteristics;

4.1.12. "protected variety" means a variety protected by the breeder's right provided in this law;

4.1.13. "plant genetic resources of food and agricultural crops" means food and agricultural crops or parts of such crops or any other object containing germplasm of such crops;

4.1.14. "germplasm of food and agricultural crops" means food and agricultural crops or parts of such crops, including seed, cells and tissues and other parts containing genetic material in the form of DNA and/or RNA.

CHAPTER TWO. SEED PRODUCTION

[...]

CHAPTER THREE. CONTROL AND CERTIFICATION OF SEED QUALITY

[...]

CHAPTER FOUR. SEED TRADE

[...]

CHAPTER FIVE. REGISTRATION OF VARIETIES

[...]

CHAPTER SIX. PROTECTION OF NEW VARIETIES

Article 13. Registration of protected varieties

13.1. All varieties that meet the requirements specified in articles 14 and 15 of this law shall be registered in the register of protected varieties and publicly announced.

13.2. The Central Authority for Crop Production shall maintain and periodically update the register of protected varieties.

13.3. The Member of Government in charge of crop sector policies shall approve regulations concerning applications for and the granting of the breeders' rights to the protected varieties in accordance with paragraph 13.1 of this law and procedures of public announcing.

Article 14. Granting of the breeder's right

14.1. Breeders shall submit their applications to obtain the breeder's right for new varieties to the Central Authority for Crop Production.

14.2. The Central Authority for Crop Production shall, following official receipt of an application for the breeder's right along with the proposed variety denomination, immediately announce the receipt.

14.3. The breeder's right shall be granted where the variety is new, distinct, uniform and stable. Novelty, distinctness, uniformity and stability of a variety shall be determined by the following criteria:

14.3.1. The variety shall be deemed new if propagating or harvest material of that variety has not been sold or otherwise disposed of to others, by or with the consent of the breeder, for purposes of exploitation of that variety, in the territory of Mongolia earlier than one year before the date of filing of the application; in a territory other than that of Mongolia earlier than four years or, in the case of trees or of vines, earlier than six years before the said date.

14.3.2. The variety shall be deemed to be distinct if it is clearly distinguishable from any other variety commonly known at the time of the filing of the application. In particular, the filing of an application for the granting of a breeder's right or for the entering of another variety in the official register of varieties, in any country, shall render that other variety to be deemed as commonly known from the date of filing of the application under the assumption that the application leads to the granting of the breeder's right or to the entering of the said other variety in the register of varieties, as the case may be.

14.3.3. The variety shall be deemed to be uniform if, subject to the variation that may be expected from the particular features of its propagation, it is sufficiently uniform in its relevant characteristics.

14.3.4. The variety shall be deemed to be stable if its relevant characteristics remain unchanged after repeated propagation or, in the case of cyclic propagation, at the end of each cycle of propagation.

14.4. In the course of the examination, the Central Authority for Crop Production may:

14.4.1. require the breeder to furnish all necessary information, documents and materials;

14.4.2. grow or conduct the growing trials of the variety or other necessary trials;

14.4.3. cause the growing trials or other necessary trials.

14.5. The results of growing trials or other trials that had been completed before may be recognised.

14.6. The expenses related to the procedures specified in paragraph 14.5 of this law shall be borne by breeders.

14.7. Granting of a breeder's right shall not be subject to any other requirements besides the requirements specified in paragraph 14.3 and article 15 of this law.

14.8. The breeder's right of varieties, whose creation was funded from the state budget, shall be held by the Central Authority for Crop Production.

14.9. The Member of Government in charge of crop sector policies shall approve regulations related to determination of novelty, distinctness, uniformity and stability of new varieties.

14.10. The Central Authority for Crop Production shall collaborate with other contracting parties to an international treaty on plant variety protection, to which Mongolia is party to, on mutual recognition of reports of determination of distinctness, uniformity and stability of new varieties.

Article 15. Variety denomination

15.1. A variety shall be designated by a denomination which will be its generic designation and must enable the variety to be identified.

15.2. Subject to paragraph 15.6, no rights in the designation registered as the denomination of the variety shall hamper the free use of the denomination in connection with the variety, even after the expiration of the breeder's right.

15.3. A variety's denomination may not solely consist of figures except where this is an established practice for designating varieties.

15.4. A variety's denomination must not be liable to mislead or to cause confusion about the characteristics, value or identity of the variety, or the identity of the breeder. In particular, it must be different from every denomination which designates, in the territory of any contracting party to an international treaty on plant variety protection, to which Mongolia is party to, an existing variety of the same plant species or of a closely related species.

15.5. The Member of Government in charge of crop sector policies shall approve regulations related to variety denomination.

15.6. Prior rights of third persons shall not be affected. If, by reason of a prior right, the use of the denomination of a variety is forbidden to a person who, in accordance with the provisions of Article 16.6 of this law, is obliged to use it, the Central Authority for Crop Production shall require the breeder to submit another denomination for the variety.

Article 16. Registration and use of variety denomination

16.1. The request for registering the denomination of a variety shall be submitted by the breeder to the Central Authority for Crop Production.

16.2. If the denomination of a variety does not fulfil the requirements specified in article 15 of this law the Central Authority for Crop Production shall refuse to register the denomination.

16.3. If a denomination is refused, as provided for in paragraph 16.2 of this law, the breeder shall be required to propose another denomination within a prescribed period.

16.4. The Central Authority for Crop Production shall register a variety denomination that fulfils the requirements provided for in article 15 of this law simultaneously with the granting of the breeder's right.

16.5. A variety must be submitted to all contracting parties to an international treaty on plant variety protection, to which Mongolia is party to, under the same denomination. The Central Authority for Crop Production shall register the denomination so submitted, unless it considers the denomination unsuitable. In the latter case, it shall require the breeder to submit another denomination.

16.6. Any person who offers for sale or markets propagating material of a variety protected within the territory of Mongolia is obliged to use the denomination of that variety, even after the expiration of the breeder's right in that variety, except where, in accordance with the provisions of Article 15. 6 of this law, prior rights prevent such use.

16.7. When a variety is offered for sale or marketed, it is permitted to associate a trademark, trade name or other similar indication with a registered variety denomination. In such cases, the denomination must be easily recognizable.

16.8. The Central Authority for Crop Production ensures that the authorities of the members of UPOV are informed of matters concerning variety denominations, in particular the submission, registration and cancellation of denominations. Any authority may address its observations, if any, on the registration of a denomination to the Central Authority for Crop Production.

Article 17. Right of priority

17.1. A breeder who has filed an application for variety protection in a contracting party to an international agreement on plant variety protection (hereinafter referred to as "first application") shall, for the purpose of filing an application for the grant of a breeder's right for the same variety with the Central Authority for Crop Production, have the right of priority for a period of 12 months. This period shall be computed from the date of filing of the first application but it does not include the day that the first application was filed on.

17.2. In order to benefit from the right of priority, the breeder may claim the priority of the first application in filing of the subsequent application with the Central Authority for Crop Production.

17.3. The Central Authority for Crop Production that received the subsequent application may require the breeder to furnish, within a period of not less than three months from the filing of the subsequent application, a certified copy of the documents which constituted the first application and confirmation that proves that the subject matter of both applications is the same.

17.4. The breeder shall be allowed a period of two years after the expiration of the right of priority or, where the first application was rejected or withdrawn, an appropriate time after such rejection or withdrawal, in which to furnish, to the Central Authority for Crop Production, any necessary information, documents or materials required for the purpose of examination of the application for compliance with the requirements specified in article 14 of this law.

17.5. Events occurring within the period provided for in paragraph 17.1, such as the filing of another application or publication or use of the variety that is the subject matter of the first application, shall not constitute a ground for rejecting the subsequent application. Such events shall also not give rise to any third-party right.

Article 18. Provisional protection of the breeder's right

18.1. Provisional protection is provided in this law to safeguard the interests of the breeder during the period between the publication of the application for a breeders' right and the granting of the breeder's right.

18.2. The holder of a breeder's right shall at least be entitled to equitable remuneration from any person who, during the period specified in paragraph 18.1 of this law, has carried acts that, once the breeder's right is granted, require the breeder's authorisation as provided in Article 19.

18.3. Provisional protection shall be deemed not to have been conferred if the breeder's right is not granted.

Article 19. Scope of the breeder's right

19.1. Subject to Articles 20 and 21, the following acts in respect of the propagating material of the protected variety shall require the breeder's authorisation:

19.1.1. propagation or reproduction (multiplication);

19.1.2. conditioning for the purpose of propagation;

19.1.3. offering for sale;

19.1.4. selling or other marketing;

19.1.5. exporting;

19.1.6. importing;

19.1.7 stocking for any of the purposes specified in paragraphs 19.1.1 to 19.1.6 of this law.

19.2. Subject to Articles 20 and 21, acts specified in paragraphs 19.1.1 to 19.1.7 of this law in relation to harvested material, including entire plants and parts of plants, obtained through the unauthorized use of propagating material of the protected variety shall require the breeder's authorisation, unless the breeder of that protected variety has had reasonable opportunity to exercise the breeder's right in relation to the said propagating material.

19.3. The provisions of paragraphs 19.1 and 19.2 of this law, shall also apply to the following varieties :

19.3.1. a variety that has been essentially derived from a protected variety, where the protected variety itself is not essentially derived;

19.3.2. a variety that is not clearly distinguishable in accordance with Article 14.3.2 from a protected variety;

19.3.3. a variety whose production requires the repeated use of the protected variety.

19.4. A variety shall be deemed to be essentially derived from another variety (hereinafter referred to as "the initial variety") when the variety is predominantly derived from the initial variety or from another variety that itself is predominantly derived from the initial variety, while retaining the expression of the essential characteristics that result from the genotype or combination of genotypes of the initial variety; the variety is clearly distinguishable from the initial variety and; except for the differences which result from the act of derivation, the variety conforms to the initial variety in the expression of the essential characteristics that result from the genotype or combination of genotypes of the initial variety.

19.5. Essentially derived varieties may be obtained for example by the selection of a natural or induced mutant, somaclonal variant, the selection of a variant individual from plants of the initial variety, backcrossing or transformation by genetic engineering.

19.6. The breeder may make his authorization subject to conditions and limitations.

Article 20. Exceptions to the breeder's right

20.1. The breeder's right shall not extend to the following acts:

20.1.1. acts performed privately and for non-commercial purposes;

20.1.2. acts performed for experimental purposes; and

20.1.3. acts performed for the purpose of breeding other varieties, and, except where the provisions of Article 19.3 to 19.5 apply, acts referred to in Article 19.1 and 19.2 in respect of such other varieties.

20.2. Notwithstanding Article 19, the breeder's right shall not extend to farmers who, within reasonable limits and subject to the safeguarding of the legitimate interests of the holder of the breeder's right, use for propagating purposes, on their own holdings, the product of the harvest which they have obtained by planting on their own holdings, the protected variety or a variety covered by Article 19.3.1 or 19.3.2.

20.3. The Member of Government in charge of crop sector policies shall define in the regulations the reasonable limits, the safeguarding of the legitimate interests of the holder of the breeder's right and the list of the crop genera and species in order to implement the exception provided for in paragraph 20.2 of this law.

Article 21. Exhaustion of the breeder's right

21.1. The breeder's right shall not extend to acts concerning any material of the protected variety, or of a variety covered by the provisions of Articles 19.3 to 19.5 of this law which has been sold or otherwise marketed by the breeder or with his consent in Mongolia, or any material derived from the said material unless such acts involve:

21.1.1. further propagation of the variety in question, or

21.1.2. export of material of the variety, which enables the propagation of the variety, into a country which does not protect varieties of the plant genus or species to which the variety belongs, except where the exported material is for final consumption purposes.

21.2. For the purposes of paragraph 21.1, "material" means, in relation to a variety,

21.2.1. propagating material of any kind,

21.2.2. harvested material, including entire plants and parts of plants, and

21.2.3. any product made directly from the harvested material.

Article 22. Restriction of the breeder's right

22.1. The State may restrict the possibility of a breeder to exercise the breeder's right for the purpose of protecting the public interest.

22.2. Where the restriction specified in paragraph 22.1 of this law causes interruption or discontinuation of acts performed within the breeder's authorisation provided to a third party, the State shall take measures required for enabling the breeder to receive equitable remuneration.

Article 23. Measures for trade regulation

23.1. The breeder's right is independent of any measure to regulate the production, certification and marketing of material of the variety, or importing or exporting of the said material. In any case, such measures shall not affect the application of the provisions of Chapter Six of this Law.

Article 24. Duration of the breeder's right

24.1. The breeder's right shall be valid for 20 years from the date of granting. For trees and vines, this period shall be 25 years.

Article 25. Nullity of the breeder's right

25.1. The Central Authority for Crop Production shall nullify the breeder's right and publicly announce the nullity of the breeder's right when it is established that:

25.1.1. the conditions specified in paragraphs 14.3.1 or 14.3.2 were not complied with at the time of the granting of the breeder's right;

25.1.2. where the grant of the breeder's right has been essentially based upon information and documents furnished by the breeder, the conditions specified in paragraphs 14.3.3 or 14.3.4 of this law were not complied with at the time of the grant of the breeder's right.

25.1.3. the breeder's right has been granted to a person who is not entitled to it, unless it is transferred to the person who is lawfully entitled to it.

25.2. No breeder's right shall be nullified for reasons other than those specified in paragraph 25.1 of this law.

Article 26. Cancellation of the breeder's right

26.1. The Central Authority for Crop Production may cancel a breeder's right if it is established that the conditions laid down in Article 14.3.3 or 14.3.4 of this Law are no longer fulfilled.

26.2. A breeder's right may be cancelled if the breeder, after being requested to do so, did not fulfil the following requirements within the period prescribed by the Central Authority for Crop Production:

26.2.1. the breeder did not provide the information and documents that are required for verification of the maintenance of the variety,;

26.2.2. the breeder did not pay the fees required for the maintenance of the validity of the breeder's right;

26.2.3. the breeder did not propose another suitable denomination where the denomination of the variety was cancelled after the granting of the breeder's right.

26.3. No breeder's right shall be cancelled for reasons other than those specified in paragraphs 26.1 to 26.2 of this law.

26.4. Breeders shall be entitled, at any time, to file a request to the State Authority for Seed and Variety for early termination of the breeder's right. The date of termination of the breeder's right shall be stated in the request.

CHAPTER SEVEN. GENE BANK OF FOOD AND AGRICULTURAL CROPS

[...]

CHAPTER EIGHT. RESPONSIBILITIES OF THE STATE AUTHORITY FOR CROP SEED AND VARIETY

Article 28. Responsibilities of the State Authority for Crop Seed and Variety

28.1. The responsibilities for planning, management, coordination and implementation of policy actions related to crop seed and variety shall be assumed by the Central Authority for Crop Production and the state authority responsible [...] testing, registration and protection of new plant varieties at the state level, [...].

[...]

28.4. The Central Authority for Crop Production shall be fully authorised to execute the following functions:

28.4.1. to elaborate policies and legislation in the seed and variety sector and ensure their enforcement;

[...]

28.4.6. to maintain a register of national and protected varieties and publish and periodically update the official list of registered varieties;

[...]

28.4.10. to grant the breeder's right to breeders of new plant varieties, as provided for in this law;

[...]

28.4.12. to carry out other responsibilities specified in this law.

[...]

CHAPTER NINE. MISCELLANEOUS

Article 29. Service fees

29.1. Breeders shall be liable for payment of the service fees for variety registration and granting of the breeder's right and maintenance of the validity of the breeder's right.

29.2. Issues related to determination of the rates of the service fees and collecting of the fees shall be regulated by the Law on Fees for Public Services.

Article 30. Liability for breach of law

30.1. If a breach of this law by an official does not constitute a criminal offence, liabilities defined in the Law on Civil Service shall apply.

30.2. Natural or legal persons that have violated this law will be charged with liabilities defined in the Criminal Code or the Law on Infringement.

Article 31. Entry into force

31.1. This law will enter into force on 1 January 2020.

LAW OF MONGOLIA

... (date)

Ulaanbaatar

TRANSITIONAL PROVISIONS OF THE LAW ON CROP SEED AND VARIETY

Article 1. Where this Law applies to plant genus or species to which it did not previously apply, varieties belonging to such plant genus or species shall be considered to satisfy the condition of novelty defined in paragraph 14.3.1 of Article 14 even where the sale or disposal of to others described in that paragraph took place in the territory of Mongolia within four years before the date of filing of the application, or, within six years in the case of trees and vines.

Article 2. The provisions under Article 1 of the transitional provisions, shall only apply to applications for breeders' rights filed within one year, at the latest, after the provisions of the Law apply to the genera or species concerned.

Article 3. These transitional provisions shall enter into force on the day on which the Law on Crop Seed and Variety (revised version) becomes effective.

[End of Annex II and of document /
Fin de l'Annexe II et du document /
Ende der Anlage II und des Dokuments /
Fin del Anexo II y del documento]